

**Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Rat der  
Stadt Essen**

**Rainer Marschan**

**zu den Haushaltsberatungen für das  
Jahr 2012**

**am 23. November 2011**

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zu Beginn anmerken:

Wir sind heute zusammengekommen, um gemeinsam den städtischen Haushalt für das Jahr 2012 zu diskutieren und zu beschließen. Damit entscheiden wir nicht über ein scheinbar abstraktes Zahlenwerk. Vielmehr stellen wir mit jeder Haushaltsverabschiedung die Weichen für die Zukunft unserer Stadt.

Heute liegt es an uns allen, der Verantwortung, die uns die Wähler übertragen haben, auch gerecht zu werden und zum Wohle der Menschen in unserer Stadt zu entscheiden und damit die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen.

Ich betone noch einmal: Mit jeder Haushaltsverabschiedung stellen wir die Weichen für die Zukunft unserer Stadt. Und deshalb ist es wichtig, dass wir Entscheidungen treffen, die langfristig tragen; Entscheidungen, die dafür sorgen, dass unsere Stadt in Zukunft lebens- und liebenswert ist, wirtschaftlich prosperiert und attraktiv ist für die Menschen, die hier leben und arbeiten. In der Vergangenheit ist dies nicht immer gelungen.

Die Auswirkungen haben wir nach der Kommunalwahl 2009 alle ins Stammbuch geschrieben bekommen:

Denn damals wurde es erstmals so deutlich, dass es niemand mehr übersehen konnte, worauf die SPD-Fraktion bereits jahrelang aufmerksam gemacht hatte: Es wurde 2009 unmissverständlich klar: Die Stadt Essen hatte jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt und die bilanzielle Überschuldung war mittelfristig bereits absehbar. Nach damaligen Berechnungen hätte die Stadt ihr Eigenkapital bereits im Jahr 2013 komplett verzehrt.

Nach dieser Schreckensnachricht kam es noch schlimmer: In Kenntnis dieser Tatsachen wurde die Stadt Essen von der Aufsichtsbehörde in die Kate-

gorie einer „**Gemeinde in drohender Überschuldung**“ - oder auch „**Leitfaden-Kommune**“ genannt - eingestuft.

Diese katastrophale finanzielle Entwicklung hat gezeigt: Sowohl CDU und FDP (1999 – 2004) als auch CDU und Grüne ( 2004 – 2009) haben es nicht geschafft, die Finanzen unserer Stadt auf eine solide und zukunftsweisende Basis zu stellen. Im Gegenteil: Die vom Jahr 1999 bis zum Jahr 2009 angesammelten Schulden (ca. 3 Mrd. Euro) weisen den höchsten Schuldenstand der Stadt Essen in der Nachkriegsgeschichte aus und bedeuten nun ein schweres Erbe.

Aber nicht nur in der Haushaltspolitik ist zu lange auf tönernen Füßen gebaut worden, auch in anderen Bereichen ist zu lange **nicht** entschieden worden oder ohne nachhaltige Substanz. Als Beispiele will ich hier nur stichwortartig einige Baustellen nennen, wo immer wieder nur Symptome verschleiert wurden, niemals aber das Problem vom Grunde auf angegangen wurde.

#### Die Messe

Schon immer war der Betrieb unserer Messe defizitär, nur ehrlich gesagt hat es niemand. Das liegt auch nicht etwa daran, dass dort schlecht gewirtschaftet würde, sondern daran, dass mit ein, zwei Ausnahmen alle Messegesellschaften in Deutschland staatlich bezuschusst werden. Weil aber nie jemand den Mut hatte, dies auch öffentlich zu sagen, wurde dies immer wieder verschleiert, durch die Einlage von Grundstücken, Cross-Border-Leasing, durch den Verzehr von Eigenkapital und das Aussitzen von Modernisierungsmaßnahmen. Nachhaltig gelöst wurde das Problem nicht!

Ebenso beim Thema Rot-Weiss Essen. Immer wieder haben die städtischen Gesellschaften zähneknirschend Geld in den Verein gepumpt, ohne dass dieses Geld auch eine nachhaltige Wirkung im Verein erzielen konnte, weil dort nicht nachhaltig und vernünftig gearbeitet wurde. Und auch beim Stadion hat man sich trotz der keineswegs gesicherten Finanzierung hingestellt und virtuelle Spatenstiche veranstaltet und damit die eigentliche Situation verdeckt.

Und auch im Sozialen wurden die Probleme nicht angegangen: Beim Kita-Ausbau beispielsweise liegen wir noch deutlich zurück, weil man das Problem einfach nicht angepackt und nachhaltig gelöst hat.

Und im Sport, wo man es mit dem Masterplan, ja – das muss ich anerkennen –, wenigstens mal versucht hat, das Problem vom Grunde her zu lösen, hat man einsame Entscheidungen getroffen, die bei den Menschen in unserer Stadt zumindest in Teilen keine Zustimmung gefunden haben.

Nun könnte man es sich leicht machen und mit dem Finger auf **die** politisch Verantwortlichen zeigen, die die Finanzpolitik der eben aufgezeigten Jahre hier bestimmt haben. In die Vergangenheit zu schauen und zu lamentieren, hilft in einer solchen Situation allerdings nicht weiter. Wir können Vergangenes nicht mehr ändern, wir können es aber alle gemeinsam besser machen und auf diese Weise die Zukunft unserer Stadt verantwortlich gestalten.

Lassen Sie es uns besser machen als Friedrich Schiller, der irgendwann feststellen musste:

***„Wohl steht das Haus gezimmert und gefügt, doch ach - es wankt der Grund, auf den wir bauten.“***

Denn wir alle stehen – unabhängig vom Parteibuch – in der Verantwortung, zum Wohle der Stadt Essen und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, unsere Entscheidungen sachgerecht und zukunftsorientiert zu treffen und ein solides Fundament zu schaffen, auf das wir und unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger sukzessive bauen können.

Insbesondere vor dem Hintergrund der mehr als leeren Kassen, können wir es uns nicht leisten, unser Geld für Dinge auszugeben, die auf tönernen Füßen stehen.

Deshalb bin ich dem Oberbürgermeister dankbar dafür, dass er viele der eben von mir beschriebenen Probleme nach der Kommunalwahl Schritt für

Schritt angegangen ist und sie trotz aller Schwierigkeiten, die damit zusammenhängen, nun vom Grundsatz her löst und damit das Fundament schafft, auf das wir dann vielleicht irgendwann auch wieder den einen oder anderen Leuchtturm bauen können.

Und einige Erfolge sind ja bereits sichtbar: Das Stadion ist im Bau, Rot-Weiss Essen ist schuldenfrei, das Thema Messe werden wir heute hoffentlich so behandeln, dass die von der Messe und dem Oberbürgermeister vorgelegten Lösungen auch umgesetzt werden können und auch beim Kita-Ausbau sind deutliche Fortschritte bereits sichtbar.

Aber wenn wir davon sprechen, dass wir eine solide Basis schaffen müssen, dann gilt dies in allererster Linie für die Finanzen. Der vor etwas mehr als einem Jahr von Oberbürgermeister Paß und Stadtkämmerer Klieve eingebrachte Doppelhaushalt 2010/2011 hatte es in sich: Die geplanten Kürzungen und Einschnitte waren erheblich und in der vorgelegten Dimension bisher einzigartig und für uns alle schmerzhaft. Aber – und dafür danke ich dem Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung in besonderer Weise – vertretbar und dienten insbesondere dem Ziel, den städtischen Haushalt zumindest wieder beherrschbar zu machen.

Wir, die SPD-Fraktion, haben frühzeitig signalisiert, den vorgeschlagenen Sparkurs der Verwaltung im Ergebnis - also dem vorgegebenen Einsparziel - zu unterstützen.

Was wir am Ende nicht unterstützen konnten, waren die von CDU und Co. einseitigen und unsozialen Veränderungen der Verwaltungsvorschläge, die ich hier nur anreißen aber nicht vertiefen möchte: Die Grundsteuer wurde um 30 Punkte über den Verwaltungsvorschlag hinaus erhöht, dafür im Gegenzug die von der Verwaltung vorgeschlagene Gewerbesteuererhöhung halbiert.

Und was wir auch nicht unterstützen konnten, war die pauschale Personalreduzierung um 1000 Stellen in der Verwaltung. Auch dieser Beschluss zeigt: Hier wird zugunsten populistischer Eintagsfliegen die

Verantwortung gescheut, vernünftige, tragfähige und nachhaltige Wege zu gehen, die auch Substanz haben. Das ist aus meiner Sicht das Gegenteil von verantwortungsvoll, nämlich verantwortungslos.

Die mit knapper Mehrheit beschlossene Personalreduzierung um 1000 Stellen wurde – zum Glück - relativ schnell von CDU-Stadtdirektor Hülsmann wieder zurückgenommen, oder sagen wir es so, erst gar nicht umgesetzt.

Und auch wenn ich mir Ihre Anträge zu den heutigen Haushaltsberatungen und in den letzten Sitzungen ansehe, meine Damen und Herren rechts und in der Mitte, dann muss ich feststellen: Sie haben offenbar weiterhin vor, populistische Augenwischerei zu betreiben, anstatt die Themen grundsätzlich zu lösen. Statt die wirklich brennenden Fragen anzupacken, beschäftigen Sie die Verwaltung beispielsweise mit einem Konzept für den Baldeneysee, das Sie eigentlich selbst erarbeiten wollten – so haben Sie es zumindest den Menschen vorgegaukelt. Ein anderes Beispiel ist die Rückgabe von Fraktionszuwendungen, die das Essener Bürgerbündnis in der vorletzten Woche als mediales Ereignis feierte, ohne jedoch gleichzeitig zu sagen, dass man vorher die von der SPD vorgeschlagene Kürzung der Fraktionsmittel um 10% rundweg abgelehnt hat – natürlich ohne das an die große Glocke zu hängen. Und an die große Glocke hängt auch niemand die Tatsache, dass die EBB pro Ratsmitglied fast zweieinhalb mal mehr ausgibt als die größte Fraktion.

Ein weiteres Beispiel ist auch der heutige Antrag der CDU zu WLAN in U-Bahnhöfen. Natürlich ist das wünschenswert. Aber, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob sie es verdrängen oder vielleicht gar nicht wissen: Wir haben noch nicht einmal W-LAN an unseren Schulen und für den Ausbau fehlt uns noch etwas Geld. Meinen Sie nicht, es sei zunächst einmal wichtiger, dort zu investieren? Wir sagen ganz klar ja!

Meine Damen und Herren,  
manche von Ihnen haben ja auch längst erkannt, warum sie die Probleme gar nicht grundsätzlich lösen können. Und denen, die das noch nicht erkannt haben, will ich sagen: Sie packen die eigentlichen Probleme nicht

an und beschäftigen uns hier immer wieder nur mit populistischen Worthülsen. Eine Politik mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner kann keine großen Lösungen herbeiführen. Wir alle wissen doch, dass wir uns die geschäftsschädigenden Schlagzeilen über die Messe und das Hinausschieben der Frage auf die lange Bank hätten sparen können, **wenn Sie alle sich nicht auf Gedeih und Verderb dem Zusammenhalt des Viererbündnisses verschrieben hätten.**

Es tut vielleicht auch gut, wenn man morgens in den Spiegel sieht und auf den ersten Blick sagen kann: „**Jawohl - ich habe die Mehrheit.**“ Aber merken Sie eigentlich nicht, dass Sie alle – ja ich betone: **alle** – dabei ihr eigenes Profil verlieren, die Dinge verleugnen, für die Sie und Ihre Partei eigentlich stehen? Leider scheinbar nicht. Und deshalb gebe ich Ihnen einen Tipp: Es lohnt auch ein **zweiter Blick** in den Spiegel.

Denn, diese Art, Ihre Art von Politik haben die Menschen in unserer Stadt längst durchschaut - da helfen auch wohlklingende aber inhaltsleere Worthülsen wie die „**wachsende Stadt**“ nicht weiter. Diese Art von Politik haben die Menschen auch längst satt. Denn sie haben uns alle gewählt, damit wir entscheiden, und zwar so entscheiden, dass unsere Stadt heute und zukünftig von diesen Entscheidungen profitieren kann.

Dieser Verantwortung stellt sich die SPD-Fraktion. Populistische Symbolpolitik auf **dem kleinsten gemeinsamen Nenner** ist mit uns nicht zu machen. Wir bieten allen Fraktionen im Rat an, mit uns gemeinsam den Oberbürgermeister und den Verwaltungsvorstand darin zu unterstützen, die grundlegenden Themen verantwortlich und zukunftsfähig zu lösen.

Für uns liegen die Themen dafür klar auf der Hand. Die SPD-Fraktion - auch hierzu haben wir uns frühzeitig positioniert - wird weiterhin ihre Schwerpunkte in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Sport setzen.

Jeder Euro, den wir heute in den Bildungsbereich investieren, ist eine sinnvolle und nachhaltig wirksame Investition in die Zukunft unserer Stadt. Dabei geht es nicht nur darum, junge Menschen und ihre Potenziale zu fördern, damit jedes Kind und jeder Jugendliche die Chance erhält, sich

seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend zu entfalten und sein Leben selbstbestimmt zu gestalten. Es geht auch darum, dass es aus ökonomischen Gesichtspunkten derzeit keine bessere Investition als in die Bildung gibt, wie das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut es unlängst formuliert hat. Jeder einzelne Euro, den wir investieren, um jungen Menschen die Grundlagen für ihre spätere Erwerbstätigkeit zu bieten, zahlt sich später dreifach aus.

Eine wachsende Stadt fängt nicht an einem Ortseingangsschild oder in einem Welcome-Center an. Eine wachsende Stadt beginnt bei ihren Kindern. Wenn es uns gelingt, die heranwachsende Generation für unsere Stadt zu begeistern, unseren Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen und ihnen eine gute Perspektive für ihre Zukunft zu schaffen, legen wir den besten Grundstein dafür.

Deshalb halten wir auch das Arbeitsprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut für richtig und wichtig. Es zeigt aber auch: Hier gibt es noch viel zu tun. Denn so sehr wir es gutheißen, dass die Stadt Essen nun konzeptionell und ganzheitlich auf die steigende Kinderarmut reagiert, bleibt dennoch ein fader Beigeschmack, weil die vorhandenen Ressourcen eben nicht ausreichen, um in allen betroffenen Stadtteilen alles Notwendige leisten zu können.

***„Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft – deshalb müssen sie in unserer Stadt die bestmögliche Unterstützung erfahren“***, so beginnt Oberbürgermeister Reinhard Paß sein Vorwort zum diesjährigen Essener Bildungsbericht. Und der Geschäftsbereichsvorstand für Jugend, Bildung und Soziales, Herr Renzel, ergänzt ein paar Seiten weiter: „Um Bildungschancen zu verbessern, müssen Rahmenbedingungen des Bildungssystems und vor allem die Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen verbessert werden“. Ich bin froh, dass dies nicht nur warme Worte zu Beginn eines wirklich lesenswerten Berichtes sind, sondern dass sich darin Überzeugungen unserer Stadtspitze widerspiegeln, die gut sind für unsere Stadt und die Menschen, die hier leben.



Dass dem so ist, konnten wir alle bereits zu Beginn dieses Jahres sehen, lange bevor der Bildungsbericht veröffentlicht wurde: Mit dem einstimmigen Beschluss des Verwaltungsvorstands vom 19. Januar, den Ausbau der Kinderbetreuung in Essen als gesamtstädtische Aufgabe mit höchster Priorität voranzutreiben, wurden die Weichen für ein beispielloses Investitionsprogramm für frühkindliche Bildung und Betreuung in Essen gestellt.

In den kommenden Jahren werden dank des klaren Auftrags des Oberbürgermeisters 2.000 neue Betreuungsplätze entstehen. 67 Millionen Euro werden bis zum Jahr 2015 in den Ausbau fließen. Die Betreuungsquote für unter Dreijährige wird bis zum Jahr 2015/2016 auf 35 Prozent steigen, für über Dreijährige wird schon im Jahr 2013/2014 eine Betreuungsquote von 100 Prozent erreicht werden.

Mit diesem Kraftakt holt die Stadt Essen nach, was in den zurückliegenden Jahren sehenden Auges vernachlässigt worden ist. In ganz Essen fehlten und fehlen immer noch Plätze, um den geltenden Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz zu erfüllen und Kindern einen Betreuungsplatz anzubieten. Die WAZ liegt richtig, wenn sie in ihrer Ausgabe vom 12. November 2011 von einem Armutszeugnis spricht, weil es bis heute nur für 92 Prozent der über Dreijährigen einen Kita-Platz gibt. In der zurückliegenden Ratsperiode wurde der Ausbau derart vernachlässigt, dass auch ein so massives Ausbauprogramm, wie das nun begonnene, nicht mehr ausreichen wird, um den gesetzlichen Rechtsanspruch für unter Dreijährige rechtzeitig bis zum Jahr 2013 erfüllbar zu machen.

Aber: Wenn wir auf die zurückliegenden Monate blicken, können wir mit dem in der kurzen Zeit Erreichten mehr als zufrieden sein. Das Investitionsprogramm nimmt Fahrt auf, die ersten konkreten Ausbaubeschlüsse sind gefasst und die Betreuungsquote verbessert sich spürbar. So spürbar, dass die Statistiker des Landes nicht mehr hinterher kommen. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen. Hier im Rat und mit den Jugendverbänden. Und dazu nur am Rande: Es war richtig und überfällig, dass die Jugendverwaltung die im letzten Jahr geplante

Reduzierung der freiwilligen Trägeranteile zurückgenommen hat. Nur so wird unsere Stadt, werden unsere Kinder von der traditionell guten Partnerschaft mit den Verbänden auch weiterhin profitieren können.

Wir sind außerdem der Meinung: Wir sollten nicht künstlich an den Betreuungszeiten schrauben, sondern sie konsequent nach den Bedarfen der Eltern ausrichten. Wir glauben, dass die Reduzierung der Betreuungszeitbudgets hier kontraproduktiv ist.

Aber: Wir müssen nicht nur die Quantität der Kindertagesbetreuung ausbauen, sondern gleichermaßen und kontinuierlich die Qualität verbessern.

Wir sehen dabei in der Sprache den Schlüssel zum Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft. Gerne erinnere ich an dieser Stelle noch einmal an unseren Antrag, den wir im Februar dieses Jahres in den Rat eingebracht und dann im Mai, nach fachlicher Behandlung in mehreren Ausschüssen, abschließend beraten haben. Damals konnte sich leider keine Mehrheit für unseren Plan finden, ein integriertes Sprachförderkonzept für unsere Stadt aufzulegen und so die vielen verschiedenen Angebote, die es bereits gibt, zu sortieren, zu bewerten und aufeinander abzustimmen. Obwohl wir mit einer ordentlichen Beratungszeit wirklich ausreichend Gelegenheit gegeben hatten, sich mit dem Thema zu beschäftigen und gegebenenfalls auch Fragen zu stellen, lehnten Sie den Antrag schließlich ab, weil er Ihnen zu detailliert war. Und auch an dieser Stelle zeigt sich, wie Sie Politik für unsere Stadt betreiben: Indem Sie mit bloßen Überschriften und populistischem Kleinklein arbeiten, sich aber einer tatsächlichen inhaltlich-fachlichen Diskussion entziehen.

Wir sind aber weiterhin der Meinung - vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Bildungsberichts sogar mehr als zuvor - dass ein solches Sprachförderkonzept in der Bildungslandschaft unserer Stadt dringend geboten ist. Daher möchten wir heute erneut darum werben, ein solches Konzept auf den Weg zu bringen und mit einer soliden Finanzierung zu versehen.

Meine Damen und Herren,  
lassen Sie mich damit zum nächsten Punkt in unserem Bildungsfundament kommen: Dem Ausbau der Offenen Ganztagschule. Der Weg zu dem Punkt, an dem wir heute stehen, war lang. Angefangen bei der Betreuung von Acht bis Eins, weiter über die gestaffelten A-, B- und C-Schulstandorte bis schließlich zum diesjährigen Ratsbeschluss, die Offene Ganztagschule weiterzuentwickeln und dabei die unterschiedlichen Klassifizierungen aufzulösen und eine stärkere Bedarfsorientierung nach Schulumfeldern einzuführen. Ich sage Ihnen dabei ehrlich, dass wir es uns nicht immer leicht gemacht haben. Wer etwas verändert, droht dabei immer auch etwas Liebgewonnenes derart zu verändern, dass man es nicht wieder erkennt. Viele von uns haben Briefe von Schulpflegschaften und Schulleitungen erhalten, in denen diese Befürchtungen zum Ausdruck gekommen sind.

Heute sage ich mit Überzeugung, dass der begonnene Weg der richtige ist und wir die Weiterentwicklung der Offenen Ganztagschule fortsetzen müssen, sowohl in quantitativer als auch und insbesondere in qualitativer Weise. Doch dafür, meine Damen und Herren, muss der Finanzdeckel auf dem Offenen Ganztage angehoben werden, wenn wir ihn aufgrund der Gesamthaushaltsslage schon nicht ganz weg bekommen. Mehr Geld muss ins System, ansonsten wird die Weiterentwicklung ins Stocken geraten.

Und auch in die Ausstattung unserer Schulen muss investiert werden. Wer modernen Unterricht nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Forschung möchte, der darf an dieser Stelle nicht sparen, sondern muss kontinuierlich investieren, um mit dem Lauf der Zeit mithalten zu können. Das fängt bei vernünftigem Schulmobiliar an und hört bei moderner Kommunikationstechnologie, wie etwa W-LAN-Anschlüssen in **allen** Schulgebäuden, auf. Auch hier sind wir gewillt, Geld für unsere Kinder anzufassen. Wer kostenlosen W-LAN-Zugang in U-Bahnen fordert, müsste W-LAN-Anschlüsse in Schulen ebenso unterstützen. So gehe ich davon aus, dass die CDU-Fraktion heute unseren Antrag unterstützen wird.

Bildung und Förderung von Kindern und Jugendlichen findet aber nicht nur in Kindertagesstätten und Schulen statt. Auch die offene Kinder- und

Jugendarbeit, sei es in städtischen Einrichtungen, sei es in einem der vielen Häuser der Jugendverbände, leistet einen wertvollen Beitrag dabei, der heranwachsenden Generation Werte und Wissen zu vermitteln und sie so dabei zu unterstützen, einen Platz in der Mitte unserer Stadtgesellschaft zu finden.

Neben den aktuellen Herausforderungen kommen in Zukunft noch weitere hinzu. So etwa wird es mehr und mehr erforderlich sein, die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit den Angeboten der Ganztagschulen zu verzahnen. Für eine konzeptionelle Weiterentwicklung reichen die stets rückläufigen Gelder bei zunehmenden Herausforderungen und stetig steigenden Kosten aber nicht mehr aus. Um den Anforderungen der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt gerecht zu werden, müssen wir daher nicht nur darüber reden, die aktuell im Raum stehenden Kürzungen **nicht** vorzunehmen, sondern darüber hinaus auch noch die Ausgaben zu steigern, um den Status Quo zumindest zu erhalten.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir im Bereich des Sports, wo wir mittlerweile auch wieder auf einem guten Weg sind.

Essen bekommt endlich ein neues Stadion! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir möchten uns ausdrücklich bei Ihnen und der Verwaltung für den guten Verhandlungsverlauf mit der Bezirksregierung bedanken. Ein Stadionneubau war bis zum Abschluss der Verhandlungen nicht selbstverständlich, er stand sogar zeitweise auf der Kippe.

Letztendlich war es nicht ein virtueller Spatenstich, der die Bezirksregierung überzeugt hat, sondern ein solider Finanzierungsplan. Im nächsten Schritt brauchen wir ein tragfähiges Verkehrslenkungskonzept, das die Besucherströme und Anwohnerinteressen vor Ort vernünftig und entlastend berücksichtigt. Wir halten unsere alte Forderung weiterhin aufrecht und werden im zuständigen Ausschuss einen entsprechenden Antrag stellen.

Auch in der Bäderfrage konnte unter Beteiligung aller Fraktionen im Juli 2011 im Rat ein breiter Konsens gefunden werden. Aber auch hier musste die Verwaltung bei den Gesprächen mit der Bezirksregierung dicke Bretter

bohren, da durch den Neubau am Thurmfeld - gegenüber unserer zunächst favorisierten Variante am Standort Rüttenscheid – 2,1 Mio. Euro zusätzlich für das beschlossene „Bäderpaket“ benötigt wurden. Die Aufsichtsbehörde konnte am Ende überzeugt werden, so dass die vorgelegte Variante auch umgesetzt werden kann. Auch hierfür möchte ich mich bei Herrn Oberbürgermeister Paß und Herrn Bomheuer, stellvertretend für alle Beteiligten, bedanken.

Neben dem Hauptbadersatz am Thurmfeld und dem Bad in Borbeck bleibt das Freibad Hesse in Dellwig als Freibadstandort erhalten. Ich gehe davon aus – und da nehme ich alle Fraktionsvorsitzenden, **auch Sie, Frau Schmutzler-Jäger**, beim Wort, dass diese Vereinbarung auch eingehalten wird.

Die politische Entscheidung in der Bäderfrage ist gefallen, jetzt ist die Verwaltung am Zug. Ich bin davon überzeugt, dass die Sportverwaltung uns nach fachlicher Prüfung einen vernünftigen Vorschlag unterbreiten wird, nach welchem Zeitplan die angedachten Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Wir sind uns einig: Wir brauchen einen Hauptbadersatz, damit das Schulschwimmen auch in Zukunft gesichert bleibt.

**Aber ich sage auch: Die SPD-Fraktion wird das Freibad Hesse hierbei nicht aus den Augen verlieren und sehr genau hinsehen.**

Im Rückblick zu den letzten Haushaltsberatungen kann ich auch an dieser Stelle feststellen: Die SPD-Fraktion hatte beantragt, überschüssige Mittel innerhalb des Geschäftsbereiches 1B vom Essener Systemhaus in Höhe von rund 1,2 Mio. Euro in den stark defizitären Haushalt der Sport- und Bäderbetriebe umzuschichten, um damit die Reduzierung des Verlustausgleichs zurück zu nehmen. Diese Maßnahme wurde mit Mehrheit von CDU, Grünen, FDP und Essener Bürgerbündnis abgelehnt.

Bemerkenswert und mutig ist aus unserer Sicht, dass der im letzten Jahr noch zuständige CDU-Stadtdirektor Christian Hülsmann auch diese ablehnende Entscheidung durch CDU und Co. ignoriert und die Maßnahme - verzögert um einige Wochen – trotz aller politischen Widerstände

umgesetzt hat. Das Argument, die SPD-Fraktion hätte keine eigenen Vorschläge, lasse ich daher nicht gelten! Dieses Beispiel ist nur exemplarisch und ließe sich weiter fortführen.

In einer ähnlichen Situation befinden wir uns heute. Die Sportverwaltung schlägt im Wirtschaftsplan der Sport- und Bäderbetriebe für das Jahr 2012 vor, finanzielle Mittel in Höhe von 1,6 Mio. Euro vom investiven in den konsumtiven Bereich umzuschichten. Natürlich soll dieser Vorschlag nur als Darlehen dienen. Was passiert jedoch, wenn die Mittel später nicht zurückgegeben werden können?

Die Stellungnahme des Beteiligungsmanagements stützt unsere Vermutung und kommt zu dem Ergebnis: *„In der Vorlage wird darauf hingewiesen, dass spätestens 2013 die Mittel wieder für den ursprünglichen Zweck benötigt werden und dass – sollten zusätzliche Mittel von der Stadt nicht zur Verfügung gestellt werden können – diese bereits ab 2012 über drastische Einschnitte in der Sportförderung bzw. in die Sportinfrastruktur aus dem laufenden Betrieb finanziert werden müssen...“*

Meine Damen und Herren,

wir dürfen nicht zulassen, dass die Verbesserungen, die unsere Sportinfrastruktur in den letzten Jahren erfahren hat und die wir fest ins Auge gefasst haben, durch solche Hilfskrücken wieder aufs Spiel gesetzt werden. Vielmehr gilt es auch hier; eine solide Basis für zukünftiges Handeln zu schaffen. Der bauliche Zustand der Sportinfrastruktur hat in den vergangenen Jahren besonders durch die neu hinzugekommenen Kunstrasenspielfelder erhebliche Verbesserungen erfahren. Die Investitionen aus dem so genannten Mehrjahresinvestitionsprogramm zusammen mit den rd. 12 Mio. € aus dem Konjunkturpaket II haben erheblich dazu beigetragen, den Instandhaltungsstau abzubauen. Sie haben aber auch andere, nicht erwartete, positive Impulse ausgelöst.

Sportvereine verfolgen jetzt selbständig das Ziel, Sportflächen zurück zu bauen und den Sportbetrieb auf sanierte Anlagen zu konzentrieren. *Die Sportanlage Langmannskamp ist hierfür ein Beleg.* Das beweist die

Verantwortung, die auch der Sport für das Ziel der dauerhaften Haushaltskonsolidierung übernimmt. Politik und Verwaltung müssten aber ihrerseits dafür Sorge tragen, dass diese Investitionen dauerhaft gesichert werden.

Wir bitten daher alle Fraktionen im Sinne der großen „Koalition des Sports“, die investiven Mittel nicht anzutasten und den Fehlbetrag gemäß unserem Vorschlag zu kompensieren. Zudem möchten wir die Tarifsteigerungen bei den SBE berücksichtigen und in den Wirtschaftsplan einstellen - ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion liegt Ihnen vor. Ich werbe auch hier offen: Lassen Sie uns auch im Sportbereich gemeinsam diese Prioritäten setzen!

Meine Damen und Herren,

um es noch einmal kurz zu sagen: Die Haushaltskonsolidierung hat für uns oberste Priorität, deshalb werden wir selbstverständlich für alle Mehrausgaben auch **seriöse** Deckungsvorschläge machen. Innerhalb des „Deckels“ wollen wir mehr in die Bereiche Bildung, Kinder, Jugend und Sport investieren, weil wir hier die größte Notwendigkeit sehen, eine solide und nachhaltige Basis für die Zukunft unserer Stadt zu schaffen - in wirtschaftlicher und sozialer Verantwortung für unsere Stadt und auch dem Sport. Als Kompensation möchten wir die Gewerbesteuer von 480 auf 490 Punkte **moderat** anheben. Diese Steigerung wurde ja bereits im letzten Haushaltsentwurf von der Verwaltung vorgeschlagen. Wir halten sie nach wie vor für vertretbar, wenngleich uns diese Entscheidung auch nicht leicht fällt.

Vor solchen Entscheidungen haben sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen des Viererbündnisses, augenscheinlich gedrückt.

Mit Verlaub: Ihre Deckungsvorschläge sind offensichtlich unseriös. Hierzu möchte ich nur vier Beispiele nennen:

1. Sie schlagen bereits eingeplante offene Steuerforderungen in Höhe von 3 Mio. Euro als weitere Einnahmeverbesserung vor. Genauso, wie man Geld nur einmal ausgeben kann, kann man es

auch nur einmal einnehmen. Ein tatsächlicher Deckungsvorschlag ist es daher nicht.

2. Umlage des LVR: Hier verwenden Sie bereits finanzielle Mittel in Höhe von 4,5 Mio. Euro zur Deckung, obwohl überhaupt noch nicht sichergestellt ist, dass die LVR-Umlage auch tatsächlich zugunsten unserer Stadt abgesenkt wird. Auch hier geben Sie bereits jetzt schon Geld aus, das noch nicht einmal in greifbarer Nähe ist. Nach augenblicklichem Stand bleibt der Ansatz der LVR-Umlage im Haushaltsentwurf 2012 konstant.
3. Umsetzung von städt. Mitarbeitern in das JobCenter Essen: Hier planen Sie bereits mit Personalkosteneinsparungen in Höhe von 1 Mio. Euro, obwohl noch überhaupt nicht sichergestellt ist, ob und wie viele Mitarbeiter zum JobCenter wechseln. Wenn es - wie in der Vergangenheit auch - zu externen Einstellungen kommt, geht auch hier Ihre Rechnung nicht ansatzweise auf.
4. Der Gipfel Ihrer Ideenlosigkeit mündet in dem Vorschlag, die Verwaltung zu beauftragen, eine Finanzierungsmöglichkeit für Personal im Museum Folkwang in Höhe von 350.000 Euro pro Jahr im Personalhaushalt zu finden. Wissen Sie eigentlich, dass Sie sich damit außerhalb der Verfügung der Bezirksregierung im Zusammenhang mit dem Neubau des Folkwang Museums stellen? Die Bezirksregierung hat deutlich gemacht, dass sie keine zusätzlichen Belastungen durch den Betrieb des Museums zulasse.

Ich bleibe dabei: Diese Deckungsvorschläge sind unseriös, weil sie nicht umzusetzen sind! Ich könnte die unseriösen Punkte Ihres gemeinsamen Antrags weiter ausführen, verzichte aber aus Zeitgründen auf eine weitere und detaillierte Prüfung. Jeder hier im Saal kann sich dazu ein eigenes Bild machen.

In unserer Verantwortung – und damit meine ich nicht nur die Politik und die Verwaltung, sondern die Stadtgesellschaft insgesamt – brauchen wir eine gemeinsame Strategie, mit der wir Essen zukunftsfähig aufstellen. Und deshalb begrüße ich es sehr, dass wir einen solchen Strategieprozess



heute nun alle gemeinsam auf den Weg bringen. Aufbauen können wir dabei auf den Daten und Erkenntnissen, die uns der Stadtentwicklungsprozess STEP 2015+ gebracht hat.

Die Strategie Essen.2030 wird aus meiner Sicht dann besonders erfolgreich sein, wenn aus ihr eine Marke für unsere Stadt entsteht, die wir nicht im Wesentlichen über teure Werbemaßnahmen kommunizieren müssen, sondern die vor allem von den Menschen getragen wird. Wenn auch sie sich mit der Strategie identifizieren und fühlen, wofür die Stadt Essen steht, ist das das Pfund, mit dem wir wuchern können.

Deshalb freue ich mich sehr, dass wir mit der **IEW** einen starken Partner an unserer Seite haben, der auch an dieser Stelle Verantwortung übernimmt. Ich danke allen Beteiligten für dieses Engagement, denn es macht exemplarisch deutlich, dass es eine große Bereitschaft in der Stadtgesellschaft gibt, diesen Prozess aktiv zu begleiten.

Selbstverständlich werden auch wir dies tun und hoffen auf eine konstruktive Begleitung dieses Prozesses durch alle politischen Kräfte, die Verwaltung, aber vor allem auch durch die Essenerinnen und Essener.

Und dieses breit getragene Gesamtkonzept wird uns dann auch helfen, die Verwaltung so umzubauen, dass sie den Anforderungen und Erwartungen, die an sie gestellt werden, und den berechtigten Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichermaßen gerecht wird.

Über die Frage des Personals sollten wir alle gemeinsam noch einmal insgesamt nachdenken. Denn ich beobachte zum einen, dass Sie trotz Ihrem völlig unvernünftigen aber zugegebenermaßen populistischen Beschluss 1000 Stellen zu sparen, immer wieder neue Aufgaben und Wünsche an die Verwaltung richten.

Gleichzeitig nehme ich wahr, wie von Ausschuss zu Ausschuss die Stimmen lauter werden, die sagen, dass es eng wird mit vielen wichtigen und notwendigen Aufgaben. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bis aufs Äußerste belastet, die Krankenquote steigt! Dabei ist es uns allen doch mehr als klar: Ein Dienstleister wie die Stadt Essen benötigt unbedingt gut

ausgebildetes, qualifiziertes und motiviertes Personal in ausreichender Größenordnung.

Meine Damen und Herren, das alles passt doch nicht zusammen! Und fangen Sie doch bitte an, die Dinge ganzheitlich zu sehen und nicht weiter Rosinen zu picken. Und achten Sie dabei doch endlich auch einmal auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Mit dem Konsens Stadt Essen hatte der Oberbürgermeister ein gutes Konzept vorgelegt, wie wir auch unter schweren Bedingungen nachhaltige und zukunftsfähige Personalpolitik betreiben können, mit Ver.di als starker Partner an unserer Seite. Ich konnte nicht verstehen, warum es 13 Monate dauern musste, bis Sie hierüber endlich entscheiden konnten.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass ich daran zwischenzeitlich nicht mehr geglaubt habe. Ich bin froh, dass schließlich ein Kompromiss gefunden werden konnte, aber zu welchem Preis: Gewerkschaft, Personal- und Betriebsräte und damit nicht zuletzt die gesamte Arbeitnehmerschaft in Stadtverwaltung und Beteiligungsunternehmen wurden über Monate hingehalten, vertröstet und damit auch vorgeführt.

Vom ursprünglichen Papier, das auch konkrete Handlungsempfehlungen enthielt und einen klaren Kurs vorzeichnete, ist nur noch eine grundsätzliche Absichtserklärung übrig geblieben, alles Weitere zur Verhandlungsmasse erklärt.

Viele der Ansätze sind heute schwierig umzusetzen, weil dieser unrealistische 1.000-Stellen-Beschluss in der Welt ist, der eine in die Zukunft gerichtete Personalplanung und –entwicklung erschwert. Was mal als deutliches Zeichen für den „guten Arbeitgeber Stadt Essen“ gedacht war, ist in der zähen Debatte ein wenig verblasst. Die Stadt Essen, die in der Vergangenheit stolz die Marke „Bündnis für Arbeit“ hoch hielt, als einzige im gesamten Bundesgebiet, hat hier unnötigerweise an Zeit und an Kraft eingebüßt. Die Gewährung von Umzugskrediten ist lediglich Augenwischerei und wird nicht reichen, um dies wieder wettzumachen.

Meine Damen und Herren,

glauben Sie ernsthaft daran, dass Sie mit dieser Maßnahme bei den Beschäftigten punkten können, nachdem sie soviel Porzellan zerschlagen haben? Glauben Sie, dass die Beschäftigten, die möglicherweise auch Eigentum im Umland erworben haben, tatsächlich die Koffer packen und nach Essen ziehen? Welche Einkommensgruppen sollen genau angesprochen werden?

Dieser Vorschlag ist völlig falsch und brüskiert nicht nur diejenigen, die ohne finanziellen Anreiz nach Essen ziehen wollen, sondern auch alle anderen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die nicht bei der Verwaltung beschäftigt sind. Schlimmer geht's nimmer!

Die von Ihnen geforderte Maßnahme ist ein falsches Signal und löst wieder einmal die wahren Probleme nicht.

Vielmehr müssen wir doch nach den Gründen fragen, warum viele Pendler nicht auch in Essen wohnen wollen. Aber auch an dieser Stelle, wo es eben um eine tatsächliche inhaltliche Diskussion geht, haben Sie sich erst im zweiten Anlauf dazu durchringen können, diese auch zu führen und unserem Antrag zuzustimmen, die Wohnungsnachfrageanalyse zu aktualisieren und darüber hinaus Flächenvorschläge zur Befriedigung der festgestellten Wohnungsnachfrage für die Stadt Essen zu erarbeiten. Denn es ist doch zu vermuten, dass es auch an attraktivem Wohnraum fehlt, um einerseits die aus dem demografischen Wandel abgeleiteten Bedarfe zu befriedigen und andererseits die Berufseinpender wohnörtlich an Essen zu binden.

Diesen Fragen werden wir uns alle in Zukunft widmen müssen. Um die Attraktivität unserer Stadt zu steigern, müssen interessante Flächen in der Innenentwicklung gefunden werden. Gleiches gilt für die Gewerbeflächen, denn hier entstehen auch neue Arbeitsplätze. Mit dem Masterplan Einzelhandel sichern wir ein Stück weit Gewerbeflächen für Gewerbetreibende. Gleichzeitig soll erreicht werden, dass der Einzelhandel nicht auf die grüne Wiese wandert, sondern dort besteht wo er auch gebraucht wird: wohnortnah, direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Lassen Sie uns hier genauso konsequent arbeiten, wie wir es ja in der Stadtentwicklung in den letzten Jahren hinbekommen haben: Hier ist die Stadt Essen vorangekommen. Die fortlaufenden Veränderungen im Stadtbild werden nachhaltig wahrgenommen und verändern auch die Wahrnehmung der „Nicht-Essener“. Uni-Viertel und Krupp-Gürtel als die beiden größten Projekte seien beispielhaft genannt.

Meine Damen und Herren,

zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich jedoch noch mal auf unser heutiges Kernthema zurückkommen. Wir erkennen deutlich: Wir sind dabei, die städtischen Finanzen wieder auf solide Füße zu stellen mit enormen Kraftanstrengungen und schmerzhaften Einschnitten. Nach der aktuellen Planung können wir es zwar schaffen, im originären Verwaltungshandeln schwarze Zahlen zu schreiben. Das wird jedoch nicht reichen, um die über lange Jahre aufgehäuften Schulden zu bedienen. Aus eigener Kraft werden wir das nicht stemmen können, deshalb benötigen wir Hilfe von Land und Bund:

Nun hat sich insbesondere die Landesregierung dem Thema Kommunal Finanzen angenommen und das merken wir durch die **Verbesserung von fast 44 Mio. Euro** schon im nächsten Jahr, wenn die Schlüsselzuweisungen aus Düsseldorf für das Jahr 2012 deutlich höher ausfallen.

Darüber hinaus hat die Landesregierung in den „Nachverhandlungen“ zum Soforthilfeprogramm für finanzschwache Kommunen entsprechende Nachbesserungen signalisiert.

Ich würde mir wünschen, dass auch die Bundesregierung mit solch guten Beispielen voran geht und sich am Konnexitätsprinzip - oder einfach ausgedrückt - wer bestellt, der zahlt – orientiert und sich ebenfalls an der Grundsicherung, den Eingliederungshilfen und den Kosten der Unterkunft **angemessen** beteiligt. Und außerdem darf es nicht sein, dass der Solidaritätszuschlag weiterhin nach der Himmelsrichtung verteilt wird.

Vielmehr muss es künftig nach Bedarf gehen! Die Stadt Essen hat sich in den letzten Jahren mit mehr als 580 Mio. Euro am Solidaritätszuschlag beteiligt. Der überwiegende Teil dieser Zahlungen wurde mit Krediten finanziert. Jetzt, sehr verehrte Damen und Herren, ist es an der Zeit, auch mal die Solidarität für unsere Stadt einzufordern!

Seit vielen Jahren schaffen wir es heute erstmals, was wir uns in der Vergangenheit regelmäßig vorgenommen haben: Den Haushalt für das folgende Jahr **rechtzeitig** zu verabschieden. Nun ist der gewählte Begriff „rechtzeitig“ in diesem Zusammenhang nicht nur eine beliebige Floskel. Die Gemeindeordnung schreibt verbindlich vor: *„Die beschlossene Haushaltssatzung ... ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Die Anzeige soll spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen.“*

Damit liegen wir heute fristgerecht im Zeitplan.

Ich möchte daher die Gelegenheit an dieser Stelle nutzen und dem Oberbürgermeister, dem Kämmerer den Geschäftsbereichsvorständen, den Geschäftsführern, den Mitgliedern des Personalrates und der Betriebsräte sowie allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die vorbildliche Einhaltung des Zeitplanes und ihre tatkräftige Unterstützung bei der Aufstellung des Haushaltes persönlich, aber auch im Namen der SPD-Fraktion zu danken.

Zu Schluss komme ich wieder zur folgender Erkenntnis: Sparen ist kein Selbstzweck. Ziel muss es sein, gleichzeitig neue Perspektiven für Essen zu erschließen.

Es ist noch viel zu tun, meine Damen und Herren, packen wir es gemeinsam an!

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich habe noch einen aus unserer Sicht wichtigen Punkt zum Abschluss:

Lassen Sie mich noch einige Worte zu den rechtsextremen Parteien in unserem Rat sagen.

Wir müssen die Binsenweisheiten dieser Vertreter ertragen, wir müssen ertragen, dass menschenverachtende Parolen mit Unterstützung von Steuergeldern bzw. Geldern unserer Stadt verbreitet werden. Wir müssen es aber nicht ertragen, dass wir den Wortbeiträgen von Vertretern der rechtsextremistischen Partei folgen müssen.

Daher wird die SPD bei Reden der rechtsextremistischen Parteien den Saal verlassen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!